

Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ für Zory (Sohrau Poln.-DS.) und Umgegend.

Verkaufspreis:
wöchentlich einmal: Sonnabend.
Bezugspreis: Monatlich frei ins Haus und
bei allen Postanstalten 0,75 Poln.

Eigentümer, Verleger, Herausgeber u. Drucker:
P. Sunold, Stadtbuchdruckerei, Zory.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Sunold.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile 10 Gr.
Inseraten-Nachnahme bis spätestens Freitag
10 Uhr vormittags.

Nr. 28

Samstag, 11. Juli 1931.

Sonnabend, den 11. Juli 1931.

Gegründet 1879

53. Jahrgang.

Rundschau.

Polen.

Marshall Willstulski auf Erholungsurlaub.

Warschau, 6. Juli. Am Freitag nachmittag ist Marshall Willstulski nach Willstulski in Erholungsurlaub abgereist. Marshall Willstulski wird auf seinem Gut, wo sich seine Familie bereits seit einigen Tagen befindet, längere Zeit verbleiben. In Warschau wurde er auf dem Bahnhof von Vertretern der Militär- und Zivilbehörden herzlich empfangen.

Ministerpräsident Piłsudski auf der Wojewodenkonferenz.

Warschau, 8. Juli. Am Dienstag fand im Innenministerium unter Vorsitz des Innenministers Piłsudski, die angeordnete Wojewodenkonferenz statt, an der außer den Wojewoden aus Gollin auch noch andere Wojewoden aus den übrigen Teilgebieten des Landes teilnahmen. Über den Verlauf der Konferenz liegt nur ein kurzer Bericht vor. Nach einer Begrüßungsansprache des Innenministers Piłsudski hielt der stellvertretende Finanzminister Staroski einen Vortrag über die Wirtschaft und Sozialpolitik der Regierung. Im Laufe der Beratungen hielt auch Ministerpräsident Piłsudski eine Rede, über deren Inhalt jedoch bisher nichts verlautet. Außer Fragen der öffentlichen Sicherheit und einiger Steuerangelegenheiten stand auch die Frage der geplanten Verwaltungsreform zur Erörterung, wobei als nächste Maßnahme die Möglichkeit einer Vereinfachung des Bürokratismus in den Starostei und Wojewodschaftsämtern erwogen wurde. Es soll die Absicht bestehen, von dem 233 Starosten zunächst 30 aufzulösen. Schließlich wurde dem Wojewoden ein Erlass des Finanzministers eingehändigt, worin die Vorschriften über die Verwendung des Anstaltsfonds für Kommunen, Gemeinden und Selbstverwaltungskörperschaften enthalten sind. Die Anstaltsfonds sollen von nun an strenger geprüft und im Anschluß daran soll auch die Finanzwirtschaft der betreffenden Gemeinden oder Kommunen einer Kontrolle unterzogen werden.

Im Zusammenhang mit dieser Wojewodenkonferenz, vielmehr mit der Entscheidung des Wojewoden von Lemberg, Oberst Raschewski, von seinem bisherigen Posten hat besonders in der Oppositionspressen das übliche Adressatrum um die Frage eingeleitet, wie die Nachfolge Raschewski antreten wird. Sehr wahrscheinlich liegt das Gerücht, das vom nationaldemokratischen „ABC“ verbreitet wurde und demzufolge in maßgebenden Kreisen die Absicht vorherrscht, dem Lemberger Wojewodenposten zunächst noch nicht zu besetzen. Es soll ein Vizewojewode ernannt werden, der bis zur endgültigen Regelung der Nachfolge die Geschäfte des Wojewoden führen würde. In der Zwischenzeit soll nun, wie das Blatt wissen will, entsprechend der geplanten Verwaltungsreform die Auflösung der Starostei und Lemberger Wojewodschaft, sowie in weiterer Folge die Zusammenlegung der drei oberschlesischen Wojewodschaften in eine Verwaltungsprovinz mit dem Sitz in Lemberg erfolgen. Im Anschluß daran würde dann die endgültige Ernennung eines Wojewoden erfolgen.

Höhere Patentgebühren statt Umsatzsteuer?

Warschau, 9. Juli. Wie der jüdische „Kuryer“ berichtet haben will, soll die Regierung einen Gesetzentwurf vorbereiten, demzufolge die Umsatzsteuer für Kaufleute und Handwerker abgeschafft und statt deren höhere Patentgebühren erhoben werden sollen.

Die jüdischen Blätter begrüßen diese Absicht

und erklären, daß dies besonders für die kleinen Kaufleute eine nicht unbedeutende Entlastung bedeuten würde, da sie dann nur festgesetzte Gebühren zu entrichten hätten und von den wenig segensreichen Schätzungen der Steuerkommissionen befreit sein würden.

Aus aller Welt.

Der Hoover-Plan endgültig angenommen.

Berlin, 7. Juli. Die amerikanisch-französische Einigung in der Frage des Hoover-Moratoriums ist nunmehr perfekt. Um 23 Uhr mittlereuropäischer Zeit hat Präsident Hoover die Pressevertreter in Washington zu sich und teilte offiziell mit, daß Frankreich nunmehr alle amerikanischen Vorschläge angenommen habe. Jedemfalls ist festzustellen, daß das Geldeheute nunmehr gesichert ist.

Über den Abschluß der französisch-amerikanischen Verhandlungen wird ein Kommuniqué herausgegeben, das die wichtigsten Punkte umfaßt:

1. Die Zahlung der zwischen dem Regierungen bestehenden Schulden wird erst vom 1. Juli 1931 bis zum 30. Juni 1932 aufgeschoben.

2. Das Reich zahlt die ungeschuldeten Transche. Frankreich ist jedoch damit einverstanden, daß die Internationale Bank diese Zahlung in Garantiefonds der Deutschen Reichsbank anlegt.

3. Die Zahlungen sind innerhalb zwölf Jahren amortisierbar, wobei mit der Zahlung nach zwei Jahren, also im Jahre 1933 begonnen wird.

In Bezug auf drei weitere Punkte, die nicht unmittelbar die amerikanischen Interessen und die amerikanische Regierung betreffen, gibt die französische Regierung folgende Erklärungen ab:

a) Eine gemeinsame Aktion der führenden Zentralbanken durch Vermittlung der VBS. soll ins Leben gerufen werden, zum Vorteil derjenigen europäischen Länder, die besonders durch die Aufhebung der Zahlungen, so wie sie vorgeschlagen sind, zu leiden haben.

b) Eine vorläufige Verständigung soll zwischen Frankreich und der VBS. erzielt werden, damit Frankreich im Falle eines Moratoriums des Youngplans den Garantiefonds nur durch Monatszahlungen, den den Bedürfnissen der VBS. entsprechen, ergänzt.

c) Die Regelung der Frage der Sachlieferungen und der verschiedenen technischen Anpassungen, die durch die Anwendung des amerikanischen Vorschlags und des gegenwärtigen Abkommens notwendig werden, soll durch einen Sachverständigenausschuß geprüft werden, der von den interessierten Regierungen besetzt wird und der die tatsächlichen Notwendigkeiten an den Hooverplan angeschlossen soll.

Frankreich behält sich das Recht vor, von der deutschen Regierung die unentbehrlichen Zusicherungen bezüglich der Verwendung des ihr zur Verfügung gestellten Kredites zu ausschließlich wirtschaftlichen Zwecken zu verlangen.

New York, 9. Juli. Die „New York Times“ schreiben in einer ihrer letzten Nummern, es bestünde bei allen klar sehenden Männern allgemeine Ueberzeugenheit darüber, daß der alte Zustand in seiner ursprünglichen Form niemals wieder hergestellt werden könne. Ein Ersatz für den Youngplan müsse gefunden werden. In anderen amerikanischen Zeitungen werden verschiedene Vorschläge veröffentlicht, die einen kassenweisen Schuldennachschuß mit einem kassenweisen Abbau der Abzahlungsabgaben verbinden.

Sachverständigenkonferenz am 17. Juli.

London, 9. Juli. Wie der amtliche englische Funkdienst meldet, wird die Sachverständigenkonferenz der am Youngplan beteiligten Mächte am 17. Juli in London eröffnet werden. Dieses Datum ist auf Grund von Be-

sprechungen zwischen der englischen und französischen Regierung bestimmt worden. Nach Beendigung der Arbeiten der Sachverständigen wird eine Ministerkonferenz einberufen werden. Der Beginn dieser Konferenz ist jedoch noch nicht bestimmt.

Milliardenanleihe für Deutschland.

London, 9. Juli. Die Bank von England hat bisher die Meldung von einer Verlängerung des an die Reichsbank gegebenen Vorschlags über den 16. Juli hinaus weder bekräftigt noch dementiert. In Engländern rechnet man damit, daß den deutschen Banken eine Anleihe von mindestens 1,6 Milliarden Mark gegeben werden muß. Eine englische Nachrichtenagentur verbreitet die Meldung, daß Reichsbankpräsident Dr. Luther zu Verhandlungen nach London kommen werde.

Die deutsche Wirtschaft hilft der Reichsbank.

Berlin, 8. Juli. Sämtliche großen Industrieunternehmen, Banken und Schiffahrtsgesellschaften haben am Dienstagabend an den Reichsbankpräsidenten einen Brief gerichtet, in dem sie davon Mitteilung machen, daß sie sich entschlossen haben, der Deutschen Goldbankbank eine Ausfallsbürgschaft von 500 Millionen RM. zur Verfügung zu stellen. Der Zweck ist, die Bank in die Lage zu versetzen, in noch viel stärkerem Maße als bisher ein wirksames Kreditinstrument zu sein. Der eigentliche Grund dieses Schrittes ist jedoch, von Seiten der gesamten deutschen Wirtschaft gegenüber dem In- und Ausland unter Beweis zu stellen, daß trotz der bekannten Ereignisse auf dem Weltmarkt und anderer Erscheinungen feststeht, daß die deutsche Wirtschaft stark genug und weilsen ist, der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Weiße eines Stresemann-Ehrenmals.

In Mainz fand, nachdem am Abend vorher eine feierliche Akademie zu Ehren des verstorbenen Reichsaussenministers vorausgegangen war, am Sonntag die Weiße des Stresemann-Ehrenmals statt. Die Weiße hielt Reichsaussenminister Dr. Curtius, während der Führer der Deutschen Volkspartei, Abg. Dingeldey, das Wort Stresemanns würdigte. Der Einweihung des Ehrenmals wohnten auch die Gattin und die beiden Söhne des Verstorbenen bei.

Scharfe Enzyklika des Papstes.

Rom, 6. Juli. Der Vatikan hat in seinem Verteidigungskampf um die katholische Aktion zu dem schärfsten Mittel gegriffen, das ihm nach den bisherigen erfolglosen Verhandlungen mit Mussolini geblieben ist. In einem Rundschreiben an die Patriarchen, Primale, Erzbischöfe, Bischöfe und andere Oberhirten der katholischen Kirche wendet sich Papst Pius mit großer Ausführlichkeit und Eindringlichkeit gegen die Maßnahmen, die auf Veranlassung Mussolinis über die katholische Aktion in Italien verhängt worden sind.

In der Enzyklika kennzeichnet der Papst nach einleitenden Worten das Verbot der katholischen Aktion, die Angriffe der katholischen Presse und die letzte ausführliche Note Mussolinis folgendermaßen:

Trotz unserer vielen Lebensjahre und trotz unserer Tätigkeit im Bistumswesen ist uns selten ein Dokument begegnet, das so tendenziös gehalten ist und so im Gegensatz steht zur Wahrheit und Gerechtigkeit gegenüber dem hl. Stuhl, gegenüber der katholischen Aktion und ganz besonders gegenüber dem hart betroffenen Vatikan.

Der Papst nennt dann die Völschaft leichtfertig. Gegenüber der Behauptung Mussolinis, daß die Führer der früheren Volkspartei von

der katholischen Mission in leitende Stellen übernommen worden seien, stellt der Papst fest, daß nach den Anordnungen niemand, der eine leitende Stelle in der Volkspolizei bekleidet, gleichzeitig einen führenden Posten in der katholischen Mission inne haben konnte.

Wir haben, sagt der Papst, außerdem festgestellt, daß die Zahl, in denen frühere Ortsleiter der Partei, die später Ortsleiter der katholischen Mission wurden, sich auf 4 beschränkte, eine verschwindende Zahl in einem Ganzen von 250 Diözesen und 4000 Gruppen katholischer Männer gegenüber 5000 Gruppen der katholischen Jugend.

Tausende von fremden Besuchern, die nie in Italien oder in Rom saßen, haben persönlich die oft gottlosen und gottsdämonischen Verwahrlosungen feststellen können, die Gewalttätigkeiten, die Beschimpfungen, die Rohheiten, die man gegen Orte, Sachen und Personen begangen hat im ganzen Lande und an diesem unserem Bischofsstift, die wir auf Grund sicherer und genauer Informationen wiederholt beklagen mußten.

Gleich empört behandelt der Papst die Darstellung der weltlichen Seite, wonach die widersprechenden Lage in Italien auf Befehl einer „unwärtigen Macht“, nämlich des Vatikans eingetreten sei. „Wir haben“, sagt der Papst dazu, „nie geglaubt, daß wir als unwärtige Macht betrachtet werden können, besonders von Katholiken und katholischen Italienern.“

Als Schlussfolgerung sagt der Papst: Wir stehen vor einem ganzen Gefüge unbestreitbarer Tatsachen und vor nicht minder unbestreitbaren Tatsachen, die keinen Zweifel an dem Vorfall lassen, die Jugend von der frühen Kindheit bis zum reifen Alter völlig und ausschließlich für eine Partei, für eine Regierung in Anspruch zu nehmen und dies auf Grund einer Ideemwelt, die sich in einer wahren und eigentlichen Vergiftung des Staates im heidnischen Sinne auswirkt. Die Kirche hat niemals die Macht und Pflichten des Staates hinsichtlich der Erziehung der Staatsbürger bestritten, die Kirche hält sich gewiß innerhalb der Grenzen ihres Auftrages. Die Kirche hat aber das unabweisliche Recht zur Erziehung der Jugend zur Erfüllung ihres göttlichen Auftrages.

Rom, 8. Juli. Die durch die päpstliche Enzyklika über die katholische Mission geschlossene Lage wird in unterrichteten italienischen Kreisen als gespannt und sehr heikel betrachtet. Man unterstreicht, daß durch die Enzyklika eine Einschränkung eingetreten sei, wie sie während des Rotenwechsels nicht bestanden habe. Die Gerüchte über eine bevorstehende persönliche Antwort der italienischen Regierung auf die letzte Note des Vatikans müssen unter diesem Umstande als überholt betrachtet werden. Jegendein Beschluß der italienischen Regierung über die Enzyklika liegt indessen noch nicht vor und soll auch in den nächsten Tagen nicht zu erwarten sein.

Notales.

Cobran, den 10. Juli 1931.

§ (Amtsgericht Jory bleibt bestehen!) Nach Rücksprache möglicher Persönlichkeiten von hier mit dem Präses des Appellationsgerichts in Kattowitz wird das hiesige Bürgeramt (Sad Grodzki) weiter bestehen bleiben. Bei der Begründung durch die hiesigen Stellen sei besonders darauf hingewiesen worden, daß das hiesige Gericht vollumfänglich beschäftigt ist und daß bei einer event. Auflösung desselben eine Verteilung der Ortsgeschäfte an andere Gerichtsbezirke der Stadt keinen Vorteil, sondern durch erhöhte Ausgaben für Jurangengebühren u. nur Nachteile hätte, abgesehen von dem großen Schaden, den die Stadt selbst durch weitere Vermehrung des Verkehrs erleiden würde. Daraus ist die oben angegebene Ansahe erfolgt.

§ (Missionen-Wend.) In Ehren der beiden Missionen-Neupriester P. Robert Themann und P. Joachim Bessler veranstaltet die Marianische Jungfrauen Kongregation am Sonntag den 12. Juli, abends 7 1/2 Uhr in Majorells Saal einen Missionabend. Das Programm ist sehr reichhaltig und wird den vollsten Beifall der Besucher finden. Großes Interesse dürfte besonders die Aufführung von Handarbeiten erwecken. Ein Reigen und ein zünftiges Theaterstück gelangen zur Aufführung. Da der Eintritt für Missionabend bestimmt ist, wird wohl ein zahlreicher Besuch trotz der warmen Jahreszeit zu erwarten sein. (3. Inf.)

§ (Goldene Hochzeit.) Das seltenere Fest des 50-jährigen Ehejubiläum feiert am 12. d. M. der Händler Karl Kapczyk aus Folmar mit seiner Ehefrau Marie, geb. Gernitz. Die kirchliche Einsegnung des Jubiläums, das

77 bzw. 70 Jahre alt ist, findet in der hiesigen Pfarrkirche statt.

§ (Die Primizfeier) der beiden Neupriester der Gesellschaft des Göttlichen Wortes, P. Joachim Bessler und P. Robert Themann, Söhne unserer Gemeinde, ist hierorts am vergangenen Sonntag den 5. Juli in würdiger Weise feierlich begangen worden. Die beiden Primizanten, die nach ihrer Priesterweihe in St. Gabriel bei Wien einige Zeit in Rom gewohnt haben und erst am 4. Juli in ihrer Heimatstadt eintrafen, wurden Sonntag früh 1/2 8 Uhr in feierlicher Prozession mit Musik aus ihrem Elternhause abgeholt. Die Vereine mit ihren Fahnen und viele Parochianen hatten sich eingefunden. Vor den Ehrengästen der Primizanten begrüßten Ehrenpforten, ebenso war durch den Bürgerverein eine Ehrenpforte vor der Kirche errichtet worden. Es war ein erhebendes Bild, die beiden Neupriester, geleitet von mehreren Geistlichen, in der Prozession daherschreitend zu sehen. Als der lange Zug in der Kirche eingetroffen war, klang die Geselligkeit am Altare des Veni creator spiritus an, das darauf vom Chörenverein gesungen wurde. Bald darauf befiel Pfarrer Klimel die Kugel und hielt die deutsche Festpredigt, der er den Ausdruck der Apostelgeschichte: „Siehe, ich verlasse alle und folge dir nach“ zu Grunde legte. Der Festprediger schilderte den schweren und opfervollen Beruf des Priesters, besonders des Missionspriesters, dem sich die beiden Primizanten voll und ganz gewidmet haben. Pfarrer Klimel sprach über die segensreiche Tätigkeit, welche die Missionare in der ganzen Welt ausüben, und hat die Gläubigen, das Missionswesen durch Beitritt in den Missionsverein zu unterstützen. Den Primizanten wünschte er mit herzlichsten Worten Gottes Segen auf allen ihren Wegen. Das deutsche Hochamt hielt darauf Vater Themann ab, wobei ihm Vater Bessler und Diakon Sengzeit assistierten. Der Chörenverein sang hierzu mit Orgelbegleitung die Festschmelze von Proff in F-moll und das Tantum ergo Nr. 10 von Goller. Um 10 1/4 Uhr begann der polnische Festgottesdienst, bei dem wiederum Pfarrer Klimel die Festpredigt hielt. Das Hochamt celebrierte unter Assistenz von Vater Themann und Diakon Sengzeit Vater Bessler. Mit Tebenum und hl. Segen endete die kirchliche Feier, worauf die Primizanten in feierlicher Prozession wieder heimgeleitet wurden. Die beiden Missionspriester, die bekanntlich Bettler sind, werden sich hierorts noch lange Zeit aufhalten. Vater Themann begibt sich dann nach China, um dort als Sanja-Missionar im Weinberge des Herrn zu arbeiten, während Vater Bessler zunächst bei der Niederlassung der Gesellschaft des Göttlichen Wortes in Grumbenz tätig sein wird.

§ (Wassersahrt nach Panewitz.) Der III. Orden (nische Abteilung) veranfaßt am Montag den 13. d. M. eine Wassersahrt nach Panewitz aus Anlaß der 700-Jahrfeier des hl. Antonius. Die Abfahrt erfolgt mit der Eisenbahn früh 7.17 Uhr. Auch Nichtmitglieder können daran teilnehmen.

§ (Die Schängengilde) nimmt am dem Bundes- und Jubiläumsscheuen in Plesch am Sonntag den 12. d. M. teil. (6. Inf.)

§ (Der Katholische Gesellenverein) hält am Montag, den 13. d. Mts. eine Sitzung ab. Da wichtige Besprechungen vorliegen, wird am vollständigen Erscheinen der Mitglieder gebeten. (6. Inf.)

§ (Neuer Schornsteinfegermeister.) Der Rechtsbezirk Cobran ist vom 1. Juli ab dem Schornsteinfegermeister Rudel aus Kattowitz übertragen worden. Der Schornsteinfegermeister Klimas, der bisher den hiesigen Rechtsbezirk inne hatte, hat den ungeschaffenen Rechtsbezirk Jastrzemb-Šchallowitz mit dem Sitz in Łosław zugewiesen erhalten. Im ganzen sind in der Wojewodschaft durch Verkleinerung verschiedener Bezirke 6 neue Rechtsbezirke geschaffen worden.

§ (Umfangreiche Verkehrsbeschränkungen.) Der Eisenbahnpflichtendienst von Kattowitz wollte in den letzten Tagen in Warschau und als Ergebnis seiner Besprechungen im Verkehrsministerium traten Montag bereits umfangreiche Einschränkungen im schlesischen Eisenbahnverkehr ein, die Mitte des Monats eine weitere Steigerung erfahren sollten. Zunächst kommt eine ganze Reihe von Personenzügen auf kleinen Strecken in Fortfall, deren Ziffer sich auf insgesamt 30 Personenzüge stellt. Gleichzeitig treten auf den betroffenen Linien noch Fahrplanänderungen ein, um die entstehenden Lücken wenigstens einigermaßen auszugleichen.

Auf der hiesigen Strecke fallen seit 6. d. M. nachfolgende Züge aus: Richtung Jory-Orzesze: Jory ab 18.00 Uhr, Orzesze ab 18.33 Uhr, Jory an 18.55 Uhr. Zug 911, von Orzesze Jory an 1.18 nachts, verfehrt

nur bis Jory; bisher ging derselbe um 1.21 Uhr in Richtung Jastrzemb weiter.

§ (Anton Wolos große Klasse.) Einen der größten Erfolge errang am vergangenen Sonntag der Cobraner Rad-Reisefahrer Anton Wolos, der das außerordentlich schwere Bergrennen Krakau-Katowice von 54 Fahrern in einer fantastischen Rekordzeit gewann. Er schlug damit den Rekord von Höchsmann aus dem Jahre 1920. Ergebnisse: 1. Wolos 3:57:58 Std., 2. Daba (Wawel-Kraton) 3:58:10 Std., 3. Kłosowicz (Koba) 3:59:10 Std., 4. Karanicki (Silkha Künigsbühne) 3:59:26 Std. Der berühmte Warschauer Tenisfahrer Mikolaj wurde 6., Dabyl-Cobran 7. und Kłosowicz (Kobojob Kowalski) 8. Am Sonntag den 12. d. M. findet das Radrennen um die Meisterschaft von Polen statt.

§ (Die Wähe wird wieder aufgebaut.) Die Reste des linken Flügels der hiesigen Dampfmaschine, der am 19. Juni durch einen Brand vollkommen eingestürzt wurde, werden augenblicklich abgebrochen. Der Teil wird demnach wieder neu aufgebaut werden. Die Maschinen, die seinerzeit durch den Brand vollkommen zerstört wurden, sollen durch neue, moderne ersetzt werden.

§ (Einen schweren Motorradunfall) erlitt der Kaufmann Max Bartel von hier. Derselbe befand sich am Dienstag nachmittags mit seinem Motorrad auf der Rückfahrt von Rybnik. In Glatz sauste plötzlich ganz dicht an ihm ein Auto vorbei; die Fährten desselben ersagte seinen linken Arm und verursachte eine tiefe Fleischwunde im Gelenk desselben. Ein Bruch des Armes ist glücklicherweise nicht erfolgt. Der Verletzte ist ins Krankenhaus legiert und befindet sich in Behandlung eingeliefert worden. Sein Befinden ist befriedigend.

§ (Freitod.) Die 39-jährige Ehefrau Emma J. in Glatz verbrachte auf dem Bodenraum des Landwirts Paul Mainka Selbstmord durch Erhängen. Nach den vollständigen Untersuchungen soll die J. bereits seit längerer Zeit an hart nervösen Anfällen gelitten haben.

§ (Gefährliches Verkommen.) Mittwoch mittags wurde in Jastrzemb von dem Personenzug, der von Jory nach Jastrzemb über Jastrzemb, der Eisenbahngastwirt Wilhelm Nagura überfahren. Die Räder glitten ab. Aber den Leib, so daß er völlig zerstückt wurde. Ob ein Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, ist noch nicht fest, jedoch wird Letzteres angenommen. M. war verheiratet, 31 Jahre alt, wohnte in Jastrzemb-Görne und hinterließ Frau und zwei unmündige Kinder.

§ (Der geänderte Posttarif.) Das Postministerium hat ab 1. Juli eine Änderung des bisherigen Post- und Telegraffentarifs angedordnet.

Der neue Tarif setzt das Porto für Ortsbriefe herab. Die Gebühren betragen: für Briefe im Gewicht bis zu 20 Gramm 15 Groschen, über 20 bis 250 Gramm 25 Groschen, über 250 bis 500 Gramm 40 Groschen. Ortspostkarten kosten 10 Groschen, mit bezahlter Rückantwort 20 Groschen.

Die Zustahgsgebühr für Briefe in Höhe von 10 Groschen wurde im Inlandsverkehr abgeschafft.

Gewöhnliche Auslandsbriefe im Gewicht bis 20 Gramm kosten nach dem neuen Tarif anstatt 50 Groschen 60 Groschen. Für jede weitere 20 Gramm werden 30 Groschen erhoben. Nach Österreich, der Tschechoslowakei, Rumänien und Ungarn wurden die Gebühren von 40 auf 50 Groschen für gewöhnliche Briefe bis 20 Gramm erhöht. Jede weitere 20 Gramm kosten wie bisher 30 Groschen. Auslandspostkarten kosten nach dem neuen Tarif 35 Groschen, mit bezahlter Rückantwort 70 Groschen (bisher 30 und 60 Groschen). Nach Österreich, der Tschechoslowakei, Rumänien und Ungarn wurden die Gebühren für Postkarten von 25 auf 30 Groschen erhöht, mit bezahlter Rückantwort von 50 auf 60 Groschen.

Im Telegrammverkehr wurden die Gebühren für Ortstelegramme von 15 auf 5 Groschen für das Wort herabgesetzt. Die bisherige Grundgebühr wurde von 50 auf 25 Groschen ermäßigt. Im inneren Telegrammverkehr sind die Gebühren ohne Änderung geblieben und betragen 15 Groschen für jedes Wort und 50 Groschen Grundgebühr. Die Gebühr für postlagernde Depeschen (G. P. und T. R.), für die bisher 10 Groschen erhoben wurden, sind abgeschafft worden.

Die Gebühren für Ferngespräche sind ebenfalls erhöht worden und betragen: in der ersten und zweiten Zone (Entfernung von 25 bis 50 Kilometer) anstatt 1 Glosy — 1,20 Glosy für ein Dreiminutengespräch, in der dritten und den folgenden Zonen anstatt 1,60 Glosy — 2 Glosy. Die Gebühren für bringende Gespräche wurden

